

Verwaltungsbeschwerde-Instanz (VBI)

1921 -

Durch die Verfassung von 1921 geschaffenes und das Landesverwaltungspflegegesetz von 1922 geregeltes Gericht, das Entscheidungen und Verfügungen der Regierung sowie Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung beurteilen kann. Anfänglich bestand die VBI aus einem vom Fürsten auf Vorschlag des Landtags ernannten rechtskundigen Vorsitzenden und zwei vom Landtag aus der wahlfähigen Bevölkerung des Landes gewählten Rekursrichtern mit ebensoviele Stellvertretern. Als Vorsitzender und als Stellvertreter amtierten jeweils Schweizer Juristen. 1949 wurde die Zahl der Richter auf vier erhöht und die Bestimmung eingeführt, dass der Vorsitzende und sein Stellvertreter gebürtige Liechtensteiner sein müssen. 2003 Umbenennung zu Verwaltungsgerichtshof und Neuregelung des Verfahrens zur Richterbestellung.

Literatur: HFL

GND:

Edition	Datum	Titel
Quellenedition 1900-1930	15.01.1919	<p>Verfassungsentwurf von Wilhelm Beck</p>
Quellenedition 1900-1930	18.01.1919	<p>Die Christlich-soziale Volkspartei veröffentlicht ein Parteiprogramm</p>
Quellenedition 1900-1930	12.04.1919	Die „Oberrheinischen Nachrichten“ wenden sich gegen die liechtensteinischen Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen mit Sitz im Ausland (1)
Quellenedition 1900-1930	23.06.1920	Verfassungsentwurf von Wilhelm Beck (4)
Quellenedition 1900-1930	28.05.1922	Die "Neue Zürcher Zeitung" analysiert die Rechtsbeziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz und kommt u.a. zum Schluss, dass Schweizer Behördenmitglieder, wozu auch National- und Ständeräte zählen, keine Richterfunktionen in Liechtenstein wahrnehmen dürfen
Quellenedition 1900-1930	11.11.1925	<p>Die Finanzkommission des Landtags begründet den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof</p>
Quellenedition 1928-1950	17.03.1938	Der liechtensteinische Briefmarkenhändlerverband fordert ein Einreiseverbot gegen Friedlieb Auerbach
Quellenedition 1928-1950	24.11.1945	Josef Hoop sagt als Zeuge über die Tätigkeit von Friedrich Bock als Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Liechtenstein aus
Quellenedition 1928-1950	04.12.1945	Der deutsche Asylant und ehemalige Wehrmattsangehörige Otto Falk ficht die Wegweisungsverfügung seitens der Regierung bei der Verwaltungsbeschwerdeinstanz an
Quellenedition 1928-1950	11.12.1945	Die Verwaltungsbeschwerdeinstanz weist die Beschwerde von Friedrich Bock gegen die Wegweisungsverfügung ab
Quellenedition 1928-1950	13.12.1945	Regierungschef Alexander Frick berichtet dem Landtag über die Säuberungsaktion gegen Nationalsozialisten
Quellenedition 1928-1950	10.01.1946	Die Verwaltungsbeschwerdeinstanz schützt die Wegweisung des deutschen Asylanten und vormaligen Wehrmattsangehörigen Otto Falk durch die Regierung